

Zugpendler parken weiterhin einstöckig

Aufgrund der Corona-Schutzmassnahmen wurde die Einwohnerratssitzung in Beringen am Dienstag in der Zimmerberghalle abgehalten. Ein Streitpunkt war der neue Veloständer beim Bahnhof.

Beringen Der Beringer Gemeinderat hat im Budget 2020 für einen zusätzlichen Velounterstand beim Abrissobjekt «Zum Bienengarten» in der Nähe des Bahnhofs 35 000 Franken vorgesehen. Der Einwohnerrat hatte die Vorlage an der Sitzung im Juli nach langer Diskussion als unvollständig erachtet und zur Überarbeitung zurückgewiesen. Die neue Vorlage sieht einen Unterstand vor, der direkt an der Rückseite des bestehenden Fahrradständers angebaut werden soll. Die Gesamtkosten belaufen sich auf 44 500 Franken. Roman Schlatter (SVP) vermisste in der Vorlage des Baureferenten Luc Schelker (parteilos) eine detaillierte Kostenberechnung für einen Doppelstockparker mit hydraulisch-pneumatischem Federsystem, wie er in der Juli-Sitzung als Alternative vorgeschlagen wurde. Hugo Bosshart (EVP) unterstützte diese Variante, die in Amsterdam oder in Zürich bereits Standard sind.

In der Vorlage des Gemeinderats wurde ein Doppelstockparker allerdings als problematisch und nicht praktikabel bezeichnet. Christian Naef (GLP) bemerkte, dass



In der Beringer Bahnhofsnähe soll das Haus «Zum Bienengarten» abgerissen und ein zweiter Velounterstand montiert werden. (Bild: max)

ein zweistöckiger Velounterstand nicht unbedingt bedienerfreundlich sei, was für Bahnpendler unter Zeitnot zum Problem werden könnte. Zudem sei auch die zunehmende Zahl der schweren E-Bikes zu berücksichtigen. Schlatter bezeichnete das Vorhaben als Schildbürgervorgehen und sein SVP-Fraktionskollege Jörg Schwanger das Vorhaben des Gemeinderates als nicht weitsichtig genug. Schlatter stellte den Antrag auf Zurückweisung der Vorlage, der jedoch mit 4 zu 6 Stimmen abgelehnt wurde. Das Kreditbegehren des Gemeinderates über 44 500 Franken für den geplanten Velounterstand wurde letztendlich einstimmig angenommen.

Museumsverein bekommt zusätzliche Räume

Weil es im bestehenden Ortsmuseum in der ehemaligen Zehntenscheune feuerpolizeiliche Auflagen und Mängel bezüglich Klima, Heizung und Zugänglichkeit gibt, haben die Stiftungen Museum und Schloss,

der Museumsverein und die Gemeinde Beringen ein Um- und Neubauprojekt ausgearbeitet, für das bereits die Baubewilligung vorliegt. Die Liegenschaft Steig 5 soll mit einem Ersatzbau miteinbezogen werden. Das Kellergeschoss des Neubaus soll für Lager, Archiv, Werkstatt und Büro genutzt werden und im Erd- und ersten Obergeschoss Ausstellungs- und Veranstaltungsräume eingerichtet werden. «Die Nutzung vom zweiten Obergeschoss ist noch offen, vorläufig soll es allerdings nicht für das Museum genutzt werden», sagte Gemeindepräsident Hansruedi Schuler (FDP). Die Bausumme von rund 3.25 Millionen Franken wird mittels Hypotheken, Übergangsdarlehen und Legaten in Höhe von zwei Millionen Franken, rund 750 000 Franken an Spenden und 500 000 Franken Eigenmitteln der Stiftungen finanziert. Für die Gemeinde erhöhen sich die jährlichen Betriebskosten von 54 000 auf 124 000 Franken. Für Bernhard Oetli (SP) war das aber zu viel und er

stellte den Antrag, den Betriebsbeitrag der Gemeinde auf 90 000 Franken zu reduzieren. Der Gemeindepräsident äusserte die Befürchtung, dass die Stiftungen den Neubau dadurch in Frage stellen könnten. Der Antrag von Oetli wurde mit 7 zu 4 Stimmen abgelehnt und der Antrag des Gemeinderats für die Genehmigung der jährlichen Zusatzkosten von 70 000 Franken einstimmig angenommen.

Sozialdienst wird professioneller

Die Sozialreferentin Corinne Maag (GLP) bemerkte, dass am 31. März 2021 der Leiter «Soziales» in den verdienten Ruhestand geht. Die Gemeinde Beringen will künftig mit einem professionellen Sozialdienst der Bevölkerung eine zeitgemässe Beratung und Betreuung anbieten. Die Abteilung «Soziales» wird in «Soziale Dienste» umbenannt und der Stellenplan zum 1. April 2021 um 15 Prozent auf 1,3 Stellen erhöht. Die Abteilung umfasst soziale Beratung, Hilfestellung bei der Überprüfung von Ansprüchen in der Sozialhilfe und der Sozialversicherung, sowie bei umfassenden Projekten von der Kinderbetreuung bis zu Altersfragen. Weil bei einer zusätzlichen 15-Prozent-Stelle eine lückenlose Stellvertretung nicht gewährleistet werden kann, wird die bisherige Sachbearbeiterin die Abteilung mit 80 Stellenprozent leiten und eine 50-Prozent-Stelle für die Sachbearbeitung auf den 1. April 2021 ausgeschrieben. Die jährlichen Personalkosten erhöhen sich durch die Stellenerweiterung um 15 000 Franken. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. (max)